

Berlin, 22. April 2026

PRESSEMITTEILUNG

Akute Versorgungslücke für suchtkranke Kinder und Jugendliche – Elternverbände fordern sofortiges politisches Handeln

Die Versorgung suchtkranker Kinder und Jugendlicher in Deutschland steht vor dem Kollaps. Darauf weisen die Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe (BAG-EPS), der Bundesverband der Elternkreise suchtgefährdeter und suchtkranker Söhne & Töchter e. V. (BVEK) sowie die Landesverbände der Elternselbsthilfe hin.

Nach Angaben der gemeinsamen Suchtkommission der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachverbände sind rund 200.000 Jugendliche von substanzbezogenen Störungen betroffen. Gleichzeitig verfügen nur etwa 20 von insgesamt 150 kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken über spezialisierte Behandlungsangebote. Zusätzlich benötigen rund 1.100 Jugendliche im Anschluss an die Akutbehandlung eine medizinische Rehabilitation. Durch den Aufnahmestopp und die angekündigte Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik reduziert sich das Angebot auf lediglich 14 Plätze deutschlandweit.

Für betroffene Familien hat diese Entwicklung gravierende Folgen. Viele Kinder und Jugendliche erhalten keine geeignete Behandlung und es mangelt an einer nahtlosen Anschlussversorgung nach dem Entzug. Die Folgen sind Chronifizierungen, Schulabbrüche und soziale Abstiegsprozesse – bis hin zu Obdachlosigkeit und immer häufiger auch frühe Todesfälle.

Vor diesem Hintergrund haben die Verbände eine gemeinsame Task Force gegründet, die die Perspektiven betroffener Familien bundesweit bündelt und in gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse einbringt. Als zentrale Ursachen für die Versorgungssituation benennt die Task Force strukturelle Defizite im Versorgungssystem. Es fehlen verbindliche, indikationsspezifische Versorgungswege und fachliche Standards. Gleichzeitig verhindern unklare Zuständigkeiten und eine nicht auskömmliche Finanzierung den Aufbau und Erhalt spezialisierter Angebote. Besonders kritisch ist die fehlende Abstimmung zwischen den Leistungssystemen. Zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Rentenversicherung besteht eine strukturelle Versorgungslücke, insbesondere im Übergang zwischen Akutbehandlung und Rehabilitation.

„Für unsere Kinder und uns Eltern ist die Versorgungslücke keine abstrakte Frage, sondern tägliche existenzielle Realität“, sagt Dr. Christiane Erbel, Leiterin der Task Force. „Die Konsummuster haben sich deutlich verändert: Wir beobachten vor allem riskanten Mischkonsum, Medikamentenmissbrauch und wieder zunehmenden Heroingebrauch. Gleichzeitig treten schwere Begleiterkrankungen wie etwa Psychosen früher und häufiger auf. Der Bedarf an stationären und rehabilitativen Angeboten steigt entsprechend an.“

Auch aus der Praxis der Suchtberatungsstellen werden diese Entwicklungen bestätigt. Andreas Gantner aus der Projektleitung des vom BIÖG geförderten Frühinterventionsprogramms „FriDa“ des Berliner Therapieladens, an dem sich bundesweit über 70 Beratungsstellen beteiligen, berichtet, dass Zwischenauswertungen von Beratungsstellen, die das Programm durchführen, zeigen: Rund 50 % der dort betreuten Jugendlichen weisen bereits gravierende Suchtprobleme auf und benötigen weiterführende Entgiftungs- und Rehabilitationsangebote. Die begrenzte Verfügbarkeit entsprechender Behandlungsplätze stellt sowohl die Beratungsstellen als auch die betroffenen Familien vor erhebliche Herausforderungen.

Die Elternverbände warnen vor einer Entwicklung, die an die Situation der 1970er Jahre erinnert, als die damalige Heroinepidemie auf ein unvorbereitetes Versorgungssystem für Jugendliche traf und viele Todesfälle forderte. „Eine solche Entwicklung darf sich nicht wiederholen. Eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung muss jetzt höchste Priorität haben.“

Die Elternverbände haben ihre Forderungen an das Bundesministerium für Gesundheit, den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) sowie an die Deutsche Rentenversicherung gerichtet und fordern ein abgestimmtes, verbindliches Handeln aller verantwortlichen Akteure auf Bundesebene. Gefordert werden insbesondere:

- verbindliche, indikationsbezogene Versorgungsregelungen für suchtkranke Kinder und Jugendliche im System der gesetzlichen Krankenversicherung.
- die Entwicklung von Mindeststandards und Reha-Therapiestandards in der Deutschen Rentenversicherung.
- eine Anpassung der Vergütungssystematik, um spezialisierte Angebote wirtschaftlich tragfähig zu machen.
- eine abgestimmte Versorgungskette zwischen Akutbehandlung, Rehabilitation und Nachsorge.
- eine bundesweit abgestimmte Datengrundlage zu Versorgungsbedarf und vorhandenen Kapazitäten.

„Die fachlichen Grundlagen für eine fachgerechte Versorgung suchtkranker Jugendlicher liegen seit Jahren vor – entscheidend ist jetzt die Umsetzung“, so die Verbände. „Dabei ist es unerlässlich, das Erfahrungswissen von Eltern und betroffenen Jugendlichen systematisch einzubeziehen, um tragfähige und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den komplexen Lebenslagen der betroffenen Familien gerecht werden.“

Die in der Task Force organisierten Verbände:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe e.V. (BAG-EPS)
- Bundesverband der Elternkreise suchtgefährdeter und suchtkranker Söhne & Töchter e.V. (BVEK)
- Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen e.V. in NRW e.V. (ARWED)
- Baden-Württembergische Landesvereinigung der Elternselbsthilfe Suchtgefährdeter und Suchtkranker e.V.
- Landesverband der Elternkreise Berlin-Brandenburg e.V. (EKKB)
- Landesverbandes der Elternkreise Drogenabhängiger und -gefährdeter Niedersachsen e.V. (LED Nds.)

Kontaktdaten für Rückfragen zur Pressemeldung:

Dr. Christiane Erbel, Leitung Task-Force „Kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Versorgung von Minderjährigen und Adoleszenten mit substanzbezogenen Suchtstörungen, 0169-96011234, christiane.erbel@bag-eps.de